

Offener Brief an den LBF

Köln, den 6. Dezember 2004

Hallo zusammen,

die Veranstaltung am letzten Samstag in Köln hat mich nachhaltig beschäftigt.

Die Sucht der Politik ständig mit was Neuem aufwarten zu müssen, um fortschrittlich und inovativ zu erscheinen, birgt die Gefahr in sich, alle Bemühungen der Nachhaltigkeit und Festigung jahrelanger Basisarbeit zu gefährden, gar sie auf Dauer zu zerstören. Ich habe noch die uns Bürgerfunker ermahnenden Worte des damaligen medienpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion Jan-Marc Eumann im Ohr, der mit dem Gespenst der neuen "Callershan"-Technologien und der Kraft der normativen DAB-Entwicklung die Bürgermedien in seine Richtung befördern wollte. Was ist geschehen? Den Bürgerfunk gibt es immer noch, aber Herr Callershan und DAB verblaßten im Angesichte anderer technischer Neuerungen.

Auch die Zauberformel von Medienkompetenznetzwerken als wichtigste Innovation zur Gesundung der Bürgermedien kehrt im dritten Jahr ihrer Diskussion zusehends auf den Boden der Realität zurück, nachdem zwei Pilotprojekte erste Erfahrungen gesammelt haben und die Finanzierbarkeit auch eine Rolle spielt.

So ehrenwert all die Bemühungen zur Schaffung neuer Strukturen auch sein mögen, es sind kosmetische Operationen. Die Arbeit der Radiowerkstätten wird durch eine Koordinierungsstelle, die 3-5 Sendegebiete zur Beratung und Begleitung der Vernetzung von allen dort angesiedelten Medienkompetenz"betrieben" betreut, nicht eine Erleichterung ihrer Arbeit erfahren. Das Gegenteil wird der Fall sein: Es kommt noch zusätzliche Arbeit dazu und weil alles miteinander abgestimmt werden muß, wird es auch unflexibler! Die Planwirtschaft als großes Netzwerk sozialistischer Arbeitsverteilung hat auch nicht funktioniert!

Was ist also zu tun?

Der von W. Schmidt am letzten Samstag in der Anmoderation des Nachmittags geforderte Blick auf die Wurzeln des Sinns von Bürgerfunk scheint mir der richtige Ansatz zu sein. Ging es nicht um den Artikel 5 Grundgesetz, als wir den Bürgerfunk forderten und per Gesetz dann auch bekamen? Der Bürgerfunk war bislang die letzte und fast einzige Bastion eines barrierefreie Zugangs zur Meinungsfreiheit mit einer ernstzunehmenden Anzahl von Rezipienten im eigenen Lebensraum. Wenn also in Zukunft etwas zu retten gilt, dann in erster Linie diesen Zugang!

Ich würde daher die vom LBF eingeleitete Kampagne auch mehr auf diesen Gedanken abstellen als denn auf das Einsammeln von Geld zur Rettung von Radiowerkstätten. Welcher Zuhörer und demnächst auch wieder Wähler (Landtagswahl) draußen an den Radioapparaten weiß schon, was eine Radiowerkstatt ist. Mit dem Artikel 5 könnte er sicherlich, wenn man ihm es professionell "verkauft", schon eher etwas anfangen.

Daher muß die Kampagne heißen: Meinungsfreiheit in Gefahr !!!

Wer diese Gefahr abwenden will, muß im Frühjahr nächsten Jahres das Kreuz auf dem Wahlzettel an die richtige Stelle machen und auch mit "seinem" Landtagsabgeordneten darüber reden, daß er den Bürgerfunk als Garant eben solcher Meinungsfreiheit erhalten haben will - ohne jegliche Abstriche! Es gilt also in erster Linie auch darum, unsere Zuhörer zu mobilisieren.

Das ist keine Aufgabe, die von zentraler Stelle per Lobbyarbeit an den Düsseldorfer Schaltstellen koordiniert werden müßte. Bei einem scheidenden Landtag noch Zeit in Lobbyarbeit zu stecken, erscheint mir das Pferd falsch herum aufzuzäumen.

Beste Grüße

Christoph Schaefer

PS: Was hat der LAK und die Initiative "Höchste Zeit zum Handeln" eigentlich für eine eMail-Anschrift; wo ist da Eure Medienkompetenz und Plattform für eine zeitgerechte Kommunikation?